

Vosener Zeitung.

Siebenundsechzigster Jahrgang.

Donnerstag, 31. Dezember
(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Nr. 914.

Amliches.

Berlin, 30. Debr. Der König hat dem emerit. Lehrer und Kantor Sopart zu Rempen im Kreise Schildberg den Adler der Inhaber des R. Haus-Oreos von Hohenollern verliehen.

Dem Staatssekretär von Bülow ist der Vorsitz der Prüfungskommission für das diplomatische Examen übertragen worden. Als Examinatoren sind in Folge des Ausscheidens der Professoren, Geh. Regierungsrath Dr. Hellwig und Ober-Trib. Rath a. D. Dr. Heffter, in die gedachte Kommission berufen: die ord. Prof. an der hiesigen Universität Dr. Wagner und Dr. Schaff. Zugleich ist der Geh. Leg.-Rath von Bülow II. zum Mitgliede der Prüfungskommission ernannt worden.

Dem Kaufmann Moritz Friedheim zu Berlin ist im Namen des Deutschen Reiches das Exequatur als Konsul der Vereinigten Staaten von Venezuela erteilt worden.

Bei der Königl. akad. Kunstschule zu Berlin und dem damit verbundenen Seminar für Zeichenlehrer sind der Professor Jacobsthal, die Maler Haendler und Schaller, sowie der Bildhauer Overis als ord. Lehrer angestellt, dem Oberlehrer Künzel am Gymnasium in Briesen ist das Prädikat „Professor“, der Universitäts-Gesamtschule Kroy zu Kessin und Melebed zu Neuenkirchen der Charakter als Königl. Ober-Amtmann beigelegt, der Königl. Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Ingenieur Karl Heinrich Bauer zu Frankfurt a. M. in gleicher Eigenschaft nach Fulda versetzt, der Referend. Hofe aus Köln auf Grund der behandelten großen Staatsprüfung zum Advokaten im Bezirk des Königl. Appell-Gerichtshofes zu Köln ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 30. Dezember. Heute Vormittag fand im Elysée im Beisein des Präsidenten Mac Mahon eine Zusammenkunft von einflussreichen Mitgliedern der verschiedenen Gruppen der Nationalversammlung statt, in welcher man ein Einverständnis hinsichtlich der konstitutionellen Gesetzentwürfe herbeizuführen suchte. Anwesend waren: A. der Präsident Buffet, Dufaure, der Herzog von Broglie, der Herzog von Audiffret-Pasquier, Leon Say, Chancelon, Hamille, der Herzog v. Decazes und Chabaud-Latour. Nachmittags fand eine zweite Zusammenkunft statt.

Madrid, 30. Dezember. Der General Martinez Campos, welcher vor längerer Zeit wegen seiner unpopulären Sympathien für die Demission erhielt, hat sich gestern an der Spitze von zwei Bataillonen in Murviedro (Provinz Valencia) für Don Alphonso von Bourbon erhoben. Die Truppen der Zentrums-Armee haben die Verfolgung der Carlisten eingestellt und sind den Aufständischen entgegen marschirt.

London, 30. Dezember. In der gestrigen Versammlung von hiesigen Inhabern der Obligationen der spanischen Schuld wurde die neuerdings von der spanischen Regierung gemachte Propositiön, betreffend die Einlösung der drei verfallenen Coupons, angenommen. — Das deutsche Kanonenboot „Albatros“ ist in Spithead eingetroffen.

In Cardiff hat gestern eine gemeinschaftliche Verhandlung der Kohlengrubenbesitzer im südlichen Wales und der von 50,000 Arbeitern gewählten Delegirten der Arbeiter stattgefunden. Es wurde indessen eine Einigung nicht erzielt und wird, da die Bestreuer eine schiedsrichterliche Entscheidung ablehnten, am 1. Januar eine allgemeine Arbeitseinstellung erfolgen.

Kopenhagen, 30. Dezember. Der Frühling aus Korsör ist trotz des herrschenden Schneesturmes hier eingetroffen, zur Aufrechterhaltung der regelmäßigen Verbindung jedoch wenig Aussicht vorhanden. Der Verkehr mit Jütland ist bereits suspendirt und die Verbindung mit Malmoe ebenfalls unterbrochen.

Petersburg, 30. Dezember. Die vom Kaiser eingesetzte ministerielle Kommission wird demnächst ihren Bericht in Betreff der höheren Lehranstalten erstatten. Gutem Vernehmen nach wird dieselbe eine Revision der Statuten der gedachten Lehranstalten empfehlen, welche auch vom Unterrichtsminister besonders befürwortet wurde. — Die Ankunft des diesseitigen Vorkämpfers in London, Grafen Schadowalw, der im Laufe des Januar zu kurzem Aufenthalte erwartet wurde, sichts erst im April i. J. bevor. — Der Gouverneur von Warschau, Generaladjutant Graf Kozebue, der schon seit einiger Zeit hier verweilt, begiebt sich Ende dieser Woche auf seinen Posten zurück.

Melbourne, 29. Dezember. Von der deutschen Expedition zur Beobachtung des Venusdurchganges auf den Ausland-Inseln ist hier die Mittheilung eingegangen, daß bei der Beobachtung befriedigende Resultate erzielt sind.

Brief- und Zeitungsberichte.

DRC. Berlin, 30. Dezember. In Sachen der Rostocker Brigg „Gustav“, über welche, wie bereits gemeldet, Verhandlungen im Bundesrathe resp. bei der Reichsregierung gepflogen worden sind, soll man, wie es berichtet wird, sich dahin entschieden haben, an die Regierung des Marschall Serrano die Forderung zu stellen, die Eigentümer von Schiff und Ladung schadlos zu halten. Ein Einschreiten gegen die Carlisten selbst durch unsere Kriegsschiffe würde nicht nur erfolglos sein, sondern eine Schädigung an den Vorfällen unschuldiger spanischer Bürger zur Folge haben. Ein weiteres Vorgehen aber gegen die Carlisten würde einer Intervention in die spanischen Angelegenheiten gleich zu erachten sein.

— Die „Provinzial-Correspondenz“ schreibt: Der Reichstag, welcher am 7. Januar wieder zusammentritt, wird vom 8. ab in unmittelbarer Folge noch eine Reihe der wichtigsten Gesetzentwürfe be-

rathen, zunächst vermuthlich das Gesetz über den Landsturm, die Vorlage über das Rechnungswesen im Reiche und über die Naturalleistungen für das Heer, sodann den jüngst vorgelegten Entwurf in Betreff der Bibellehe, endlich das Bankgesetz. Die neuen Anträge der Bundesregierungen zu dem Bankgesetz, nach welchem eine Reichsbank gegründet werden und die Preussische Bank mit ihrem Vermögensbestande gegen Entschädigung an das Reich übergeben soll, sind der Kommission des Reichstages bereits mitgetheilt, und dürften die wesentliche Grundlage für die weiteren Beratungen und Anträge derselben bilden.

— Die „Germ.“ bringt zu der Publikation des „Staatsanz.“ welche wir unter dem Titel „Fürst Bismarck über die Papstwahl“ wiedergegeben haben, eine lange Ausführung welche darthut, daß Fürst Bismarck sich durch seine Depesche öffentlich „als Todfeind der katholischen Kirche bekannt habe“, daß die „Germ.“ jedoch der „Machinationen des Reichskanzlers gegen die katholische Kirche laide“, da sie ihr auf die Dauer nicht schaden können. Der Schluß lautet wie folgt:

Die Depesche ist vor zwei und einem halben Jahre geschrieben. Heute würde sie Fürst Bismarck nicht mehr schreiben. Denn seit einem halben Jahre werden in der Erzbischofs-Botschaft in Venedig die landesbischoflichen Rechte ausgeübt von einem päpstlichen Delegaten, der von der Staatsregierung nicht anerkannt ist und doch von der Staatsregierung mit Aufbietung aller Mittel in seiner Wirksamkeit nicht gehindert werden kann. Und das wird so lange Jahre geschehen, bis die preussische Regierung den Erzbischof Ledochowski wieder als einzig rechtmäßigen Vorgesetzten seiner Erzbischofs-Botschaft anerkennt! Und was die Papstwahl angeht, so wird Bismarck in seiner jetzigen kirchenfeindlichen Stellung auch nicht eine Spur von Einfluß auf dieselbe haben. Jede Candidatur, die er begehrt hätte, würde eben dadurch schon verächtlich werden, und die wählenden Cardinale werden ganz sicher jedem anderen Einflusse und Bunde unzugänglich sein, als dem des Fürsten Bismarck. Ist aber die Wahl geschehen, so haben die Katholiken Preussens und Deutschlands und der ganzen Welt einen Papst, und sie werden keinen Augenblick ansetzen, denselben anzuerkennen und in freudigem Gehorsam sich ihm zu unterwerfen, einerlei, ob Fürst Bismarck mit vielleicht noch einigen andern Regierungen denselben auch anerkennt oder ihm die Anerkennung versagt. Im letzteren Falle könnten ja wiederum einige äußere Verwirrungen geschaffen werden — die wesentlich-Bedeutung eines Papstes zu hindern, liegt gar nicht in Bismarcks Macht, wenn wir Katholiken nur festhalten und behaupten!

Wenn ... aber es giebt ja noch Katholiken, welche zu ihren Regierungen und zum Vaterlande halten. Fällt es schon in Vosen, auf diesem kleinen Fleckchen, die Autorität des päpstlichen Legaten zur Geltung zu bringen, um wie viel schwerer würde ein Papst sich halten können, welchen die Mächte nicht anerkennen, weil seine Wahl materiell oder formell fehlerhaft ist. Nur von diesem Falle spricht Bismarcks-Birkular-Depesche und wir denken, die katholische Völkerverwelt wird in der Mehrheit den Regierungen beistimmen, denn alle katholischen Gewissen hat der Jesuitismus doch noch nicht geblödet.

— Es zeugt gerade nicht von besonderer Siegesüberdacht, daß ultramontanerlei fortgesetzt auf allerhand Sulfars von außen her gerechnet wird. So wollte dieser Tage die ultramontane „Königliche Volkszeitung“ und zwar „sicher und bestimmt wissen“, daß die Königin Viktoria von England einen Brief nach Berlin geschrieben habe, um vom weiteren allu schroffen Vorgehen gegen die kathol. Bischöfe und den Klerus abzurathen; derselbe habe aber leider nichts gefruchtet, da die entgegenstehenden Einflüsse hier mächtiger gewesen seien. Diese Nachricht, welche auf das Bestreben der ultramontanen Presse zurückzuführen ist, Deutschland in seinem Konflikt mit einer herrschsüchtigen Hierarchie als isolirt von den übrigen Mächten darzustellen, entbehrt selbstverständlich jeder thatsächlichen Begründung.

Das „Bayerische Vaterland“ läßt in seinen Spalten einen guten Freund für das Blatt „terminiren“ gehen. Außer einer Abonnements-Einladung im gewöhnlichen „Baterland“-Styl brinat das Blatt einen Artikel, W. V. unterzeichnet, der die Pflichten der Ultramontanen gegen ihre Organe folgendermaßen präzisirt:

„Das Erste wäre, daß wir Alle es als Ehrensache betrachten, kein gegenwärtiges Blatt zu halten, in dem ja doch nur unsere Kirche gelästert, unser Vaterland verrathen und verkauft, Recht und Freiheit des Volkes unterdrückt wird. Es ist ein ganz schlechter Vorwand, daß wir schlechte Blätter der Inserate wegen halten müssen. Wenn wir die Inserate nicht lesen, dann brauchen wir nicht, was in denselben angelündigt wird, und ersparen so unser gutes Geld. Und wenn wir die angelündigten Sachen nicht kaufen, dann werden und müssen die Verkäufer auch unsere Organe suchen und in diese ihre Ankündigungen legen. Lesen wir also die feindsüchtigen liberalen Blätter nicht mehr, so wenden wir eben dadurch unsern Blättern Inserate zu und werden für unser gutes Geld nicht täglich verhöhnt und verpöthet. Nicht wir brauchen die Annoncen, sondern die Annoncen brauchen uns. Das Zweite wäre, daß wir — sei es durch Gründung eines Preßfonds oder durch andere stille Unterstützung — für unser Organ, das „Bayerische Vaterland“ eintreten, um so mehr, je mehr es von seinen Feinden verfolgt und auf jede Weise geschädigt wird. Mögen die Freunde des „Bayer. Vaterland“ diese Gedanken in Schrift und That noch weiter ausführen und damit dem alten Jahr einen schönen Schluß und dem neuen einen guten Anfang geben!“

Es ließe sich an diesen dringenden Appell manche nützliche Reflexion knüpfen, doch mag das billig unseren Lesern selbst überlassen bleiben. Augenblicklich beinahe aber selbst für das „Bayer. Vaterland“, das eifrige „unserer Organe“, bereits die Tage, die ihm nicht recht gefallen wollen.

— Der Ausfall des Urtheils im Prozesse Arnim soll, wie man dem „Tabl.“ mittheilt, nicht unwesentlich mitbedingt worden sein durch einen Brief des Reichskanzlers an den Vorkämpfer, dessen Verlesung in der geheimen Sitzung des Gerichtshofes stattfand. Dieses als Privatgutheißung des Grafen anerkönte Schriftstück enthielt in viel eminentem Sinne politische Informationen, als irgend einer der bekannt gewordenen Erlasse. Hieraus glaubte das Richterkollegium den

Schluß ziehen zu müssen, daß, wenn derartig hervorragende rein amtliche Mittheilungen im Wege des Privatbriefes in der Diplomatie erfolgen können, es in der That unabhlglich sei, genaue Normen für die Amtlichkeit resp. Nichtamtlichkeit eines derartigen Schriftstückes festzustellen. Es könne daher in dem vorliegenden Fall auch von einem Beiseitschaffen amtlicher Schriftstücke nicht die Rede sein. Die Befähigung dieser Nachricht wird abzuwarten sein.

— Der Abgeordnete Dr. Simson hat die Weibwachtelserie einer Reise nach Königsberg bewirkt, um seinen Vater, der in diesen Tagen sein 90. Lebensjahr beginnt, zu besuchen. Auch scast noch fest sein unsern alten Parlaments-Präsidenten Beziehungen intimster Art an Königsberg, wo er die schönsten Jahre seines Lebens zugebracht hat. Es ist übriens bedauerlich worden, daß Dr. Simson zu wenig in die Plenarberatungen des Reichstages eingreift. Wir halten, schreibt ein Korrespondent, Geschäftsordnungs-Debatten von größter Wichtigkeit, von denen die eine sogar bewirkt, daß Forderbeck das Präsidium niederlegte. Eine Simson'sche Declaration würde den Abgeordneten außerordentlich erwünscht gewesen sein, und ebenso hätte der Fall Majnake ganz gewiß durch das Einreisen Simson's in die Debatte eine recht vorzügliche Beleuchtung erfahren. Auch bei der Befprechung der Justizreformgesetzte mußten wir auf eine Simson'sche Kritik der gewichtigen Vorlagen verzichten, gewiß zum Schaden der Sache.

— Heute Vormittag fand vor dem Untersuchungsrichter die angeklagte Vernehmung des Chefredakteurs der „Kreuzzeitung“, betreffend den Artikel eines Unions-Theologen über die neuliche Ansprache des evangelischen Oberkirchenraths an die Geistlichen, statt. Der Strafantrag des Oberkirchenraths richter sich, wie das Blatt selbst meldet, gegen sehr zahlreiche Stellen des Artikels und bezieht sich auf die §§ 131, 185 und 186. Die beiden letzteren Paragraphen richten sich gegen einfache, d. h. formelle, Verleumdung und gegen Verleumdung durch Behauptung und Verbreitung von nicht erweislich wahren Thatsachen, welche geeignet sind, den Betroffenen in der öffentlichen Meinung herabzumwürdigen. § 131 lautet folgen ermaßen: „Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatsangehörigen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thalern, oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.“ Der Staatsanwalt hat seinerseits noch die §§ 11 und 113 angedroht, von denen der erstere von öffentlichen Aufforderungen zum Ungehorsam gegen Gesetze, rechtsgefällige Verordnungen und von der Obrigkeit unterbaldt oder Zuspätkommen gehindert ausgenommen, der zweite von dem Widerstande gegen Vollstreckung von Gesetzen u. s. w. durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt handelt.

Wöbau, 25. Dezember. Mitte d. M. erstattete hier das Mitglied des Abgeordnetenhauses, Herr v. Lubsko wski in seinen Wählern einen Bericht über die Thätigkeit der polnischen Fraktion, wobei er sich über die gegenwärtige Lage etwa folgen dermaßen aussprach: Die polnischen Abgeordneten würden stets treu die nationalen Rechte der Polen wahren. Je größer aber die Gefahr für die Nationalität, desto größer sei auch die Pflicht, sich zu vertheidigen. Es sei also die Aufgabe des Hauses und der Familie, insbesondere der polnischen Mütter, Töchter, polnische Sitte und Sprache zu pflegen und in den Polnischen Liebe zum Vaterlande zu erwecken. Pflicht der Männer der Partei sei es, sich zu vereinen, welche die Erhaltung der polnischen Nationalität und des polnischen Besitzes zum Zwecke haben, zu verbinden, polnische Zeitchriften zu lesen, um sich aufzuklären u. s. w. Dann könne man getroßt in die Zukunft blicken und brauche den Kampf nicht zu fürchten u.

Oppeln, 28. Dezember. (Polnische Ueberläufer.) Einen Gegenstand erneuter Anordnungen bieten die besonders im südlichen Theile Oberschlesiens in großer Zahl vorhandenen polnischen Ueberläufer. Diejenigen Ueberläufer, welche um sich der Militärpflicht im Vaterlande zu entziehen, übergetreten sind, werden sich schon aus Besorgniß vor Ausweisung hüten, mit den diesseitigen Strafgesetzen in Konflikt zu geraten, und sich aus diesem Grunde hier tadellos führen. Indessen daß, ganz abgesehen von den politischen Rücksichten, auch schlechtes Gefindel unter diesen Leuten siedet, ergiebt die Thatsache, daß in der Strafanstalt zu Ratibor in den letzten 10 Jahren allein 15 russisch-polnische Ueberläufer 1- bis 12 jährige Zuchthausstrafen verbüßt haben, resp. verbüßen. Die Königl. Regierung hat sich daher, wie die „Schles. Ztg.“ schreibt, gegenwärtig veranlaßt gesehen, die kgl. Landratsämter zu einer strikten Beachtung der bestehenden Vorschriften wegen der polnischen Ueberläufer aufzufordern und zu einer sorgfältigen Kontrolle der Ortspolizeibehörden bezüglich der Durchführung der bestehenden Bestimmungen anzuweisen. Die Erleichterungen, welche durch eine Circularverfügung vom Jahre 1872 bezüglich der Kontrolle der polnischen Ueberläufer nachgelassen sind, bestehen einzig und allein in dem Wegfall der früher eingeführten, alljährlich zu prolomnierenden sogenannten Aufenthaltskarten, während die im November 1871 den Landratsämtern mitgetheilten Anordnungen des Herrn Ministers des Innern vom 11. November 1871 und die ergänzenden Bestimmungen des Königl. Ober-Präsidenten vom 1. März 1872 bezüglich der beim Ober-Präsidenten für jeden polnischen Ueberläufer je nach dessen Lebensstellung mittelst besonderen Berichtes oder in Semesterrufen nachzusenden Erlaubniß zum diesseitigen Aufenthalte, sowie bezüglich der Kontrolle dieser Ausländer noch wie vor fortzubehalten, um sie, falls ihr Aufenthalt in Preußen den diesseitigen Interessen sich schädlich oder gefährlich erweist, ohne Weiteres über die Landesgrenze zu schaffen. Behufs Ausführung dieser Bestimmungen sind die Landratsämter veranlaßt worden, 1) sorgfältige Recherchen darüber anzustellen, ob die in dem Kreisgebiete sich aufhaltenden polnischen Ausländer — auf die im Grenzgebiete mit Legitimationscheinen versehenen Ausländer hat dies selbstredend keinen Bezug — die vorgeschriebene Oberpräsidial-Erlaubniß besitzen, und Vereinigen Falles diese Erlaubniß und zwar für die dem Arbeiterstande angehörigen Individuen nach dem schon erwähnten Oberpräsidial-Erlasse im künftigen Monat zu erbitten, insofern die Verhältnisse unter Beachtung der betreffenden Vorschriften den Antrag gestatten, event. find die Uebergetretenen über die Grenze zurückzuweisen resp. zurückzuführen; 2) sind die geeigneten Anordnungen zu treffen, damit eine fortwährende und genaue Kontrolle der Befähigung der betr. Ausländer seitens der Ortspolizei-Behörden gesichert bleibt. Hervorzuheben ist hierbei endlich, daß die Grundzüge über die Behandlung der russisch-polnischen Unterthanen durchgängig für die Behandlung aller Ausländer polnischer Nationalität, also namentlich auch der österreichisch-galizischen Unterthanen zur Anwendung zu bringen sind. Es ist selbstverständlich, daß mit diesen Anordnungen eine Schädigung der industriellen Interessen durch Schmälerung der Arbeiterkräfte nicht herbeigeführt werden soll, sondern, daß es sich

den handelt, deren Verbleiben dem Strafgesetzbuch ja auch den sein kann.

unseren evangelischen Geistlichen ist, hat auch wieder der Pastor... Derselbe konnte sich mit dem... freilich gewonnenen Ausdruck in seiner, und nicht in der... acceptierten Interpretation gebrauchen zu dürfen.

Dieses von einer Art Größenwahn eingegebene Ansehen, das... die Forderung der moralischen Abundung enthielt, blieb der... natürlich nicht Anders übrig, als die Suspension.

Wie wir nun aber der „Kieler Zeitung“ entnehmen, hat Herr Biese dem Konfistorium in Kiel nachträglich die Erklärung abgegeben, daß er dessen Anordnungen in Betreff des Transformations und der kirchlichen Verkündigung bei Trauungen befolgen werde, und hat das Konfistorium daraufhin die verhängte Amtssuspension wieder aufgehoben.

Die „Kieler Ztg.“ bemerkt dazu: Herr Pastor Biese wird seinen Standpunkt als unhaltbar erkannt haben, nachdem keine vollständige Isolirtheit sich klar gestellt hatte.

Und der Prov. Sachsen, 28. Dezember. Bekanntlich wurde vor einiger Zeit der Konfistorialrath und Oberpfarrer Dr. Arndt durch Beschluß des Konfistoriums zu Magdeburg von seiner Stellung als Superintendent der Grafschaft Stollberg-Beitzingerode abgesetzt.

Dresden, 28. Dezember. Wir theilten vor einiger Zeit aus den „Preussischen Jahrbüchern“ sächsische Enthüllungen mit. Dieselben wurden vielfach dementirt, doch halten die „Preussischen Jahrbücher“ im Dezember-Heft die Richtigkeit der von ihnen mitgetheilten Thatsachen vollkommen aufrecht, indem sie schreiben:

Die gerechte und wohlwollende, doch leider wenig schmeichelhafte Schilderung der sächsischen Zustände, welche unser Novemberheft brachte, hat, wie wir voraussehen, einen Sturm der Entrüstung auf der ganzen Seite des deutschen Barikularismus und endlich, wie wir ebenfalls erwarteten, offizielle Dementis hervorgerufen.

Paris. In Sachen der Mitwirkung des Grafen Armin am Schurz Thiers im Mai v. J. schreibt die pariser „Republik“ anlässlich der ablegenden Erklärungen des ehemaligen Vorkämpfers im Gespräch mit englischen und amerikanischen Interbiernern:

Graf Armin, so sagt man, versichert, daß er nie an irgend einer Aue gegen Herrn Thiers theilgenommen habe.

Don San Sebastian erhalten wir soeben weitere Nachrichten über das Schicksal der deutschen Briga „Gustav“.

Don San Sebastian erhalten wir soeben weitere Nachrichten über das Schicksal der deutschen Briga „Gustav“.

er von einer großen Menge Carlisten, welche trotz des Sonntags eifrig beschäftigt waren, die Ladung zu löschen.

Sämmtliche französische Zeitungen hatten ein Telegramm gebracht, nach welchem die deutschen Kanonenboote „Mautlus“ und „Albatros“ telegraphisch beauftragt wären, für den der deutschen Flagge angehangenen Schimpf Genugthuung zu fordern.

Rom, 28. Dez. Bekanntlich hat der P. apost. am vorigen Montag im Konfistorium eine Allocution gehalten.

Bei allen Stürmen ist unsere Hoffnung, ehrwürdige Brüder, fest auf Gott gegründet. Denn die Sache, welche wir vertreten, ist Gottes Sache, und wenn uns auch von dem irdischen Meister Unterstützung in dieser Welt angekündigt worden ist, so verläßt er doch nicht diejenigen, welche auf ihn hoffen, und hat verheißen, daß er bis zum Ende der Welt bei uns sein werde.

Moskau. Bei Gelegenheit der Einweihung der umgebauten serbischen Kirche hat der Präsident des slavischen Wohlthätigkeits-Komite's, Dr. P. Bogodin, nach der „M. Z.“ folgende Rede gehalten:

Wir hatten das Glück, bei Einweihung der zum serbischen Hofe gehörigen Kirche zuzusein. Wir beteten für Se. Maj. unseren Herrn und Kaiser Alexander Nikolajewitsch von Rußland, den geborenen Schutzherrn aller slavischen Stämme und zugleich für den jungen Fürsten Milan, der auf dem Thron von Serbien sitzt.

Konstantinopel, 10. Dez. Die Nachrichten aus den kleinasiatischen Provinzen Angora und Konia werden immer schrecklicher. Es sind dort nicht weniger als 2,300,000 Haupt-Vieh und Pferde, außerdem auch 528,000 Ziegen von jener Race gefallen.

Bei den Wahlen zur Handelskammer an Stelle der 6 auscheidenden Mitglieder: Kaufmann B. Andersch, Stadtrath Annuf, Kaufmann Sel. Auerbach, Kaufmann Tob. Friedmann, Kaufmann Heint. Herz, Kaufmann Wilhelm Kantordowicz.

regulärer Truppen stellen, Albanien und Bosnien überdies eine große Anzahl tüchtiger Bergschützen. Die Artillerie ist nach preussischem Muster reorganisiert, in der Reiterei das preussische Reglement eingeführt worden, dagegen bestehen für die Infanterie noch die französischen Formen.

Uebrigens hat sich die Skupstina überzeugen müssen, daß man in Konstantinopel, wohin sich Fürst Milan persönlich begeben hatte, nicht Willens ist, die serbischen Verträge zu achten, welche von so vielen Sultanen beschworen sind, und daß man den versprochenen Rechten und den eingegangenen Verpflichtungen keine Rechnung tragen will.

New-York, 11. Dezember. Ueber die den südstaatlichen Wirren gegenüber verfolgte Politik der Washingtoner Regierung äußert sich die New-Yorker „Handels-Zeitung“:

Bei den Wahlen zur Handelskammer an Stelle der 6 auscheidenden Mitglieder: Kaufmann B. Andersch, Stadtrath Annuf, Kaufmann Sel. Auerbach, Kaufmann Tob. Friedmann, Kaufmann Heint. Herz, Kaufmann Wilhelm Kantordowicz.

Lokales und Provinzielles.

Bei den Wahlen zur Handelskammer an Stelle der 6 auscheidenden Mitglieder: Kaufmann B. Andersch, Stadtrath Annuf, Kaufmann Sel. Auerbach, Kaufmann Tob. Friedmann, Kaufmann Heint. Herz, Kaufmann Wilhelm Kantordowicz.

